

GI Leitsätze

Verjährung bei Steuerhinterziehung / Fortgesetzte Handlung / Beginn der Verjährung / Änderung der Rechtsprechung?

Der 5. Strafsenat beabsichtigt zu entscheiden, daß bei der fortgesetzten Handlung die Verjährung nicht einheitlich mit der Beendigung des Gesamtgeschehens beginnt, sondern für jeden Teil gesondert mit dessen Beendigung.

Die Sache wird dem 1., 2., 3. und 4. Strafsenat des BGH mit der Frage vorgelegt, ob an entgegenstehender Rechtsprechung festgehalten wird.
(BGH, Beschl. v. 23. 11. 1993 – 5 StR 595/93 – wistra 1994, 57)

Fristversäumnis / Investitionszulage / Fürsorgepflicht des Finanzamtes

Ist der für Investitionen im Jahre 1991 bis zum 30. 9. 1992 zu stellende Antrag nicht – wie erforderlich – mit der Unterschrift des gesetzlichen Vertreters versehen gewesen, wäre es nach § 89 AO die Pflicht der Finanzbehörde gewesen, auf die Notwendigkeit der Unterschriftsleistung durch den gesetzlichen Vertreter hinzuweisen. Ist dieser Hinweis unterblieben, so ist Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu gewähren, wenn bei erteiltem Hinweis ein wirksamer Antrag noch hätte gestellt werden können.
(FinMin Brandenburg, 24. 6. 1993, III/3 – S 0321-2/93)

Zulassung zur Anwaltschaft / Geschäftsführer / Versicherungsmakler

1. Der Zulassung zur Anwaltschaft steht die Tätigkeit als Geschäftsführer einer KdöR – hier einer Kreishandwerkerschaft – i. d. R. entgegen. Erforderlich ist eine Prüfung im Einzelfall aufgrund der Gestaltung des Anstellungsverhältnisses und der ausgeübten Tätigkeit.
(BGH, Beschl. v. 13. 9. 1993 – AnwZ (B) 24/93 – BRAK-Mitt. 94, 42)
2. Die Tätigkeit als Geschäftsführer einer Handwerkskammer ist mit dem RA-Beruf nicht vereinbar.
(BGH, Beschl. v. 29. 11. 1993 – AnwZ (B) 41/93 – BRAK-Mitt. 94, 93)
3. Eine Tätigkeit als Versicherungsmakler ist mit dem Beruf des RA nicht vereinbar.
(BGH, Beschl. v. 14. 6. 1993 – AnwZ (B) 15/93 – BRAK-Mitt. 94, 93)

Honoraranspruch

- Klärung von Buchungsbelegen
- Zeitgebühr
- Angabe der Gebührenvorschriften
- Anmerkung

(OLG Frankfurt, Urt. v. 15. 2. 1993 – 22 U 183/91 – Steuerberatung 1994, 74)

Leitsätze:

1. Für die Klärung von Buchungsbelegen steht dem Steuerberater die Zeitgebühr des § 33 Abs. 7 StBGebV zu.
2. Die in der Berechnung nach § 9 Abs. 2 StBGebV anzugebenden Gebührenvorschriften können noch im Gebührenrechtsstreit nachgeholt werden.

Zum Sachverhalt:

Der Kläger, ehemaliger Mandant der beklagten Steuerberaterin, begehrt Rückzahlung durch ihn entrichteter Honorar beträge. Seine Klage ist teilweise begründet.

Aus den Gründen:

Der Kläger kann nach § 812 Abs. 1 BGB (ungerechtfertigte Bereicherung) von der Beklagten die Zahlung von 4.066,40 DM verlangen. Einen solchen Betrag hat die Beklagte auf Kosten des Klägers ohne rechtlichen Grund erlangt. Die Beklagte, die als Steuerberaterin dem Kläger Hilfe in Steuersachen geleistet hat, hat dem Kläger mit ihrer Abschlußrechnung vom 16. 1. 1990 für ihre Tätigkeit 10.995,91 DM berechnet, die ihr der Kläger gezahlt hat. Hiervon stehen der Beklagten 4.066,40 DM nicht zu.

Der Posten 2 der Abschlußrechnung der Beklagten vom 16. 1. 1990 ist in Höhe von 2.060,– DM nicht gerechtfertigt. In diesem Posten berechnet die Beklagte dem Kläger für die Klärung von Buchungsbelegen in den Jahren 1988 und 1989 insgesamt 4.560,– DM (4.000,– DM + 560,– DM Mehrwertsteuer). Gerechtfertigt sind jedoch nur 2.500,– DM.

Für **die Klärung der Buchungsbelege** steht der Beklagten nach § 33 Abs. 7 StBGebV die Zeitgebühr des § 13 StBGebV zu. Die Klärung der Buchungsbelege ist Hilfeleistung bei sonstigen Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Buchführung. Sie gehört nicht zur Buchführung selbst, sondern zu

ihrer Vorbereitung, die dem Mandanten obliegt. Nur er kann am besten wissen, worauf sich ein Beleg bezieht. **Die Gebühr ist fällig, da der Auftrag des Klägers durch dessen vorangegangene fristlose Kündigung erledigt worden ist (§ 7 StBGebV). Die Beklagte kann sie vom Kläger einfordern (§ 9 StBGebV).** In dem Rechnungsposten 2 sind die Gebührenbeträge angegeben. Daß dort die Gebührevorschrift des § 33 Abs. 7 StBGebV nicht genannt ist, ist unschädlich, weil die Beklagte das zulässigerweise **im vorliegenden Rechtsstreit schriftsätzlich nachgeholt hat** (vgl. hierzu Gerold/Schmidt/v. Eicken/Madert, Kommentar zur BRAGO, 11. Aufl. 1991, § 18 Rnr. 11 am Ende – dies hat auch für den dem § 18 BRAGO im wesentlichen inhaltsgleichen § 9 StBGebV zu gelten). Der Rechnungsposten ist ausreichend spezifiziert (siehe dazu die Beispiele in Eckert-Böttcher, Kommentar zur StBGebV, 2. Aufl. 1989, § 9 StBGebV Rdnr. 2 Anm. 2.1 d).

Für die Klärung der Buchungsbelege ist eine Zeitgebühr von insgesamt 1.800,- DM angefallen. Die Beklagte trägt nur insoweit substantiiert die Klärung von Buchungsbelegen vor, als sie hierfür die Urkunden der Anlage ihres Schriftsatzes vom 3. 5. 1991 vorlegt, auf deren Inhalt Bezug genommen wird. In diesem Umfang ist die Klärung von Buchungsbelegen unstreitig (§ 138 Abs. 3 ZPO). Der Kläger braucht als Gläubiger des von ihm geltend gemachten Bereicherungsanspruches lediglich auf die substantiiert dargelegte Klärung von Buchungsbelegen einzugehen und sie zu widerlegen (vgl. hierzu BGH, NJW 1983 S. 626 m.w.N.). Denn er kann Negatives aus der Sphäre der Beklagten nicht direkt beweisen (vgl. hierzu Baumgärtel, Handbuch der Beweislast im Privatrecht, Band 1, 1981, § 812, Rdnr. 8). Der Kläger bestreitet aber nicht substantiiert den Inhalt der von der Beklagten vorgelegten Urkunden. Unverständlich ist seine Behauptung, die Klärung der Buchungsbelege sei allein durch verspätete und nicht ordnungsgemäße Buchführung der Beklagten notwendig geworden. Wenn aus Belegen nicht ersichtlich ist, für was sie ausgestellt sind, ist das keine Unklarheit, die durch Zeitablauf oder Flaschbuchung entstanden sein kann. Der erkennende Einzelrichter des Senats schätzt gemäß § 287 ZPO den Zeitaufwand für die unstreitige Klärung der Buchungsbelege und die hierdurch bedingten Umbuchungen auf 18 Stunden. Immerhin handelt es sich um eine große Anzahl von Vorgängen. Der von der Beklagten angesetzte Mittelwert von 50,- DM je angefangene halbe Stunde erscheint als Zeitgebühr nach § 13 Satz 2 StBGebV angemessen.

Weiter stehen der Beklagten für die Klärung der Buchungsbelege nach den **§§ 675, 670 BGB 450,- DM als Aufwendungsersatz zu**. Die Beklagte hat, wie sie im Rechtsstreit vorträgt, in dem Rechnungsposten 2 auch ihre finanziellen Aufwendungen für die von den Banken vorgenommenen

Klärungen der Kontoauszüge des Klägers eingestellt. **Sie gehen über die allgemeinen Geschäftskosten, die mit der Zeitgebühr abgegolten werden (§ 3 Abs. 2 StBGebV), hinaus.** Sie haben nicht nach § 9 StBGebV berechnet werden müssen, da sie nicht zur Vergütung im Sinne des § 1 StBGebV gehören. Wie die unstreitige Klärung von Buchungsbelegen ersehen läßt, hat die Beklagte jeweils mit Schreiben vom 12. 5. 1989 gebeten, Kontoauszüge des Klägers zu klären. **Hierfür hat die Beklagte 450,- DM für Mikroverfilmungen und Gebühren zahlen müssen.** Das kann, ausgehend von der diesbezüglichen Behauptung der Beklagten, gemäß § 287 ZPO geschätzt werden. Aus den erwähnten Schreiben ergibt sich nämlich, **daß den Banken jeweils die gesamten Kontoauszüge des Klägers für das Jahr 1988 überlassen worden sind.**

Auf die sonach gerechtfertigten 2.250,- DM kommen 14 % Mehrwertsteuer, das sind 315,- DM, so daß sich 2.565,- DM errechnen. Da diese Zahl auf Schätzungen beruht, erscheint eine Herabsetzung auf die runde Summe von 2.500,- DM angebracht.

Anmerkung:

Die Entscheidungsaussage des OLG Frankfurt zur Zeitgebühr gemäß § 33 Abs. 7 StBGebV ist bedenklich und berücksichtigt nicht das Ur. des OLG Hamm v. 23. 1. 1987 – 25 U 262/856 (GI 187, 112). Danach rechtfertigt das Sortieren von Belegen bei der Abwicklung des Buchführungsmandats nicht eine Zeitgebühr gem. § 33 Abs. 7. Vielmehr muß dieser Aufwand bei der Wahl des Rahmensatzes i. S. § 33 Abs. 1 berücksichtigt werden; § 33 Abs. 7 StBGebV soll nur sonstige Tätigkeiten erfassen, die nicht im unmittelbaren Zusammenhang mit der Buchführung stehen.

Das OLG Frankfurt hatte über den Zeitaufwand des Steuerberaters für „die Arbeit am Beleg“, d. h. über die Klärung des Beleginhalts zur Festlegung der Kontierung zu entscheiden. Wie das Sortieren der Belege steht die Klärung des Beleginhalts im unmittelbaren Zusammenhang mit der Buchführung gem. § 33 Abs. 1. Der Gesetzgeber hat den Rahmen des Buchführungshonorars von 2/10 bis 12/10 bewußt sehr weit gefaßt, um dem Berater die Möglichkeit zu geben, zeitaufwendige Buchführungen angemessen abrechnen zu können (Vgl.: Eggesiecker, Honorar für Steuerberatung Textziffer 33.370 ff; Eckert-Böttcher, StBGebV § 33 Tz. 2 ff).

Die Zeitgebühr gem. § 33 Abs. 7 fällt nur für sonstige Arbeiten außerhalb des unmittelbaren Buchführungsmandats an, z. B. für die Führung des Kassenbuchs oder anderer Grundaufzeichnungen durch den Steuerberater, für periodische Meldungen z. B. an die Deutsche Bundesbank, für die Ermittlung der Bemessungsgrundlage umsatzabhängiger Provisionen pp. (vgl. Eckert-Böttcher § 33 Tz. 5).

Um streitigen Auseinandersetzungen mit dem Mandanten über den Buchführungsaufwand vorzubeugen, sollten die Mitarbeiter angewiesen werden, Rückfragen beim Mandanten zu dokumentieren.

Maßgebend für die Wahl des Rahmensatzes (2/10 bis 12/10) sind u. a. die Zahl der Konten, insbesondere der Kontokorrentkonten, die Zahl der Buchungen, das Verhältnis von Wiederholungsbuchungen für gleichartige Geschäftsvorgänge zu den Einzelbuchungen, der Schwierigkeitsgrad der Kontierung sowie der Zustand der Aufzeichnungen und Belege des Auftraggebers. (OLG Düsseldorf, Urt.v. 20. 2. 1992 – 13 U 134/91 – GI 1993, 153; OLG Düsseldorf, Urt.v. 19. 8. 1993, in diesem Heft S. 133; Eckert-Böttcher StBGebV §§ 32 – 33 Tz. 2). Die Geltendmachung des Zeit-honorars verlangt die Benennungen der Stunden des Mitarbeiters und der durch ihn erledigten Einzelarbeiten (OLG Düsseldorf, Urt.v. 7. 1. 1993 – 13 U 83/92 GI 1993, 342). (Gräfe)

Honoraranspruch

- Annahmeverzug des Mandanten
 - Kostenersparnis des Steuerberaters
- (OLG Düsseldorf, Urt.v. 26. 2. 1993 – 13 U 117/92)

Leitsatz:

Kommt der Mandant mit der Annahme der Dienste in Verzug, kann der Steuerberater die vereinbarte Vergütung verlangen, ohne zur Nachleistung verpflichtet zu sein.

Leitsatz (d. Verf.):

Der Steuerberater hat sich den Vermögensvorteil anrechnen zu lassen, der ihm infolge der Nichtleistung der vereinbarten Dienste entstand (ca. 10 – 15 %).

Aus den Gründen:

Der Beklagte ist gemäß §§ 611 Abs. 1, 615 BGB verpflichtet, an den Kläger die geltend gemachten 5.930,40 DM, die Gegenstand des Berufungsverfahrens sind, zu zahlen.

I.

Dem Kläger ist die laufende Wahrnehmung der steuerlichen Belange des Beklagten (Jahresabschlüsse, Anfertigung aller Steuererklärungen, Erledigung der Buchführungs- und Lohnbuchführungsarbeiten, Beratung und Vertretung vor den Finanzbehörden) übertragen worden. Bei dem am 16. 12. 1983 geschlossenen Vertrag der Parteien handelt es sich mithin um einen Dienstvertrag, der eine Geschäftsbesorgung zum Gegenstand hat (§§ 611, 675 BGB). Das Vertragsverhältnis hat der Beklagte mit Schreiben v. 17. 9. 1990 rechtswirksam zum 31. 12. 1990 gekündigt. Im Falle der Kündigung des Auftrags durch den Mandanten kommt, was die Gebührenansprüche des Steuerberaters betrifft, § 12 Abs. 4 StBGebV zur Anwendung. Danach ist es, soweit die Verordnung nichts anderes bestimmt, auf bereits entstandene Gebühren ohne Einfluß, wenn sich die Angelegenheit vorzeitig erledigt oder der Auftrag endigt, bevor die Angelegenheit erledigt ist. Eine Gebühr ist nach der amtlichen Begründung zu § 12 StBGebV (abgedruckt in: Eckart/Böttcher, StBGebV, 2. Aufl., S. 213 f.) entstanden, sobald der Steuerberater aufgrund des erteilten Auftrags irgendeine Tätigkeit vorgenommen hat. Davon kann hier hinsichtlich der in der Rechnung des Klägers v. 19. 3. 1991 aufgeführten Leistungen nicht ausgegangen werden. Das gilt nach dem Ergebnis der erstinstanzlichen Beweisaufnahme auch bezüglich der Buchführungsarbeiten für die Zeit von August bis November 1990. Der Kläger kann die berechneten Gebühren aber deshalb verlangen, weil sich der Beklagte mit der Annahme der Dienste (Jahresabschlußarbeiten mit Steuererklärungen, Buchführungsarbeiten) in Verzug befunden hat.

II.

Grundsätzlich kann ein Honoraranspruch nach Dienstvertragsrecht nur für geleistete Dienste verlangt werden (§ 614 BGB). Anderes gilt gemäß § 615 BGB, wenn der Dienstberechtigte mit der Annahme der Dienste in Verzug kommt. Dann kann der Dienstverpflichtete für die infolge des Verzugs nicht geleisteten Dienste die vereinbarte Vergütung verlangen, ohne zur Nachleistung verpflichtet zu sein.

1. Nach § 293 BGB kommt der Gläubiger in Verzug, wenn er die ihm angebotene Leistung nicht annimmt. Die Leistung muß dem Gläubiger

so, wie sie zu bewirken ist, tatsächlich angeboten werden. Gemäß § 295 BGB genügt jedoch ein wörtliches Angebot des Schuldners, wenn der Gläubiger dem Schuldner erklärt hat, daß er die Leistung nicht annehmen werde. Hier hat der Beklagte nach der Kündigung des Mandatsverhältnisses mit anwaltlichem Schreiben v. 16. 10. 1990 zum Ausdruck gebracht, daß die Erledigung der laufenden Buchführungsarbeiten und die Aufstellung des Jahresabschlusses 1989 einem anderen Steuerberater übertragen werde. Dem hat der Kläger, wie seinem Schreiben v. 26. 10. 1990 entnommen werden kann, nur zustimmen wollen, wenn er die entgangene Vergütung erhielt. Im Rahmen der telefonischen Unterredung v. 6. 11. 1990 mit dem vorprozessual tätigen Anwalt des Beklagten, dem dieser Vollmacht „zur Begründung und Aufhebung von Vertragsverhältnissen und zur Abgabe von einseitigen Willenserklärungen“ erteilt hatte, ist dann aber eine Einigung dahingehend erzielt worden, daß der Kläger die Jahresabschlußarbeiten 1989 durchführen solle. Diese Übereinkunft ist ohne ein Angebot des Klägers, die geschuldete Leistung zu erbringen, schwerlich denkbar. Nach § 295 S. 2 BGB steht dem Angebot der Leistung aber ohnehin die Aufforderung gleich, der Gläubiger solle die zur Bewirkung der Leistung erforderliche Handlung vornehmen. In dem bereits erwähnten Telefongespräch sind die Belege für das Jahr 1989, ohne die die Jahresabschlußarbeiten nicht hätten durchgeführt werden können, angesprochen worden. Die Zusage, dem Kläger die entsprechenden Unterlagen auszuhändigen, ist dann aber vom Beklagten nicht eingehalten worden. Vielmehr hat er mit anwaltlichem Schreiben v. 7. 11. 1990 erneut zum Ausdruck gebracht, daß die Buchführungsarbeiten und die Jahresabschlußarbeiten 1989 nicht mehr vom Kläger durchgeführt werden sollten. Selbst wenn man die Voraussetzungen des § 295 BGB nicht schon nach der telefonischen Unterredung v. 6. 11. 1990 als erfüllt ansähe, wäre der Beklagte jedenfalls nach seiner erneuten Weigerung, die Leistung des Klägers entgegenzunehmen, in Annahmeverzug geraten. **Mit der wiederholten Ablehnung hat der Beklagte bestimmt, ernsthaft und endgültig zum Ausdruck gebracht, daß er die Leistung des Klägers nicht annehmen wolle.** In einem solchen Falle bedarf es, da die Zwecklosigkeit auf der Hand liegt, keines weiteren Angebots mehr.

Der Gläubiger kommt allerdings nicht in Verzug, wenn der Schuldner zur Zeit des Angebots außerstande ist, die Leistung zu bewirken (§ 297 BGB). Der Beklagte stellt in Abrede, daß der Kläger die berechneten Leistungen noch im Jahre 1990 hätte erbringen können. Fraglich ist bereits, ob der Gläubiger das Leistungsvermögen des Schuldners im Prozeß in Zweifel ziehen kann, wenn er zuvor auf dessen angezeigte Leistungsbereitschaft nicht reagiert hat. Der für das Leistungsunvermögen des Klägers beweis-

pflichtige Beklagte ist aber ohnehin beweisfällig geblieben, weil er seine Behauptungen nicht unter Beweis gestellt hat.

2. War der Beklagte nach allem mit der Annahme der Dienste des Klägers in Verzug geraten, so hat dieser gemäß § 615 S. 1 BGB Anspruch auf die vereinbarte Vergütung. Nach § 2 des Vertrages der Parteien v. 16. 12. 1983 hat die Berechnung der Gebühren ausschließlich nach den Bestimmungen der StBGebV zu erfolgen. Der Kläger hat die geschuldeten, aber nicht erbrachten Leistungen in seiner Rechnung v. 19. 3. 1991 aufgeführt. Gegen die angesetzten Gegenstandswerte und den Gebührenrahmen hat der Beklagte keine Einwendungen erhoben. **Der Kläger muß sich gemäß § 615 S. 2 BGB jedoch den Wert desjenigen anrechnen lassen, was er infolge des Unterbleibens der Dienstleistungen erspart hat.** Nach einer amtlichen Auskunft, die der 18. Zivilsenat des hiesigen Oberlandesgerichts (GI 1988, 29 f.) bei der Steuerberaterkammer Düsseldorf eingeholt hat, ist davon auszugehen, daß die wesentlichen Kosten eines Steuerberaters – die Fixkosten wie z. B. die Lohnkosten und die Büroraumkosten – in aller Regel nicht dadurch berührt werden, daß die Erstellung eines eingeplanten Jahresabschlusses ausfalle. Dies wirke sich nur im Bereich der variablen Kosten (Papier-, Stromkosten usw.) aus. **Als Kostenersparnis könnten 10 % der Vergütung zugrunde gelegt werden.** Daß beim Kläger, der einen Abzug von 15 % vorgenommen hat, eine höhere Ersparnis vorlag, hat der beweispflichtige Beklagte weder substantiiert dargelegt noch unter Beweis gestellt.

Honoraranspruch

- Feststellungen der Einkünfte
 - Mindestwert?
 - Buchführung
 - Bauherrengemeinschaft
 - Anmerkung
- (OLG Düsseldorf, Urt.v. 17.6.1993 – 13 U 232/92)

Leitsätze (d.Verf.):

1. Der Gegenstandswert bei der gesonderten Feststellung der Einkünfte (§ 24 Abs. 1 Nr. 2 StBGebV) bestimmt sich nach den positiven Einkünften, d. h. den ungeminderten Einnahmen ohne Berücksichtigung der Werbungskosten.
2. Kann für die Berechnung des Buchführungshonorars nicht auf einen Jahresumsatz zurückgegriffen werden, ist hilfsweise auf den betrieblichen Aufwand, z. B. den Material- und Personalaufwand abzustellen (§ 33 Abs. 6 StBGebV).

Aus den Gründen:

I. Zur Berufung des Beklagten.

1. Durchgreifende Bedenken gegen die Zulässigkeit der Klage bestehen nicht. Ohne Erfolg rügt der Beklagte die fehlende Identität zwischen der Klägerin und seinem vormaligen Vertragspartner. Soweit er den Fortbestand seiner früheren Auftraggeberin, der Firma A., leugnet, entbehrt dieser Einwand der erforderlichen Konkretisierung. Von einer Auflösung der Klägerin nach § 131 HGB ist nichts bekannt; dies wird vom Beklagten auch nicht in nachprüfbarer Weise behauptet. Eine etwaige Auflösung und die anschließende Liquidation berühren zudem nicht **die Identität der Handelsgesellschaft**, deren Firma im Fall der **Liquidation** sogar bestehen bleibt (Baumbach/Duden/Hopt, Anm. 1 D zu § 145 HGB).
2. In der Sache selbst ist dem Landgericht darin zuzustimmen, daß der Beklagte der Klägerin unter dem rechtlichen Gesichtspunkt der positiven Vertragsverletzung zum Schadenersatz verpflichtet ist. Die **Ausübung des Zurückbehaltungsrechts** durch den Beklagten war vertragswidrig. Insoweit schließt sich der Senat den Ausführungen auf Seite 6 und 7 des landgerichtlichen Urteils zur Vermeidung von Wieder-

holungen an. Durch die unberechtigte Zurückbehaltung steuerlicher Unterlagen ist der Klägerin folgender **Schaden entstanden**: Für die Ermittlung der Einkünfte der Bauherrengemeinschaft für das Steuerjahr 1987, für die gemeinsame Feststellung der Einkünfte 1987 und für die Buchführung 1987 mußte die Klägerin an den Steuerberater B. ein zusätzliches Honorar von insgesamt 6.327 DM entrichten. Diese Aufwendungen wären vermieden worden, wenn der Beklagte die in seinem Gewahrsam verbliebenen Unterlagen der Klägerin rechtzeitig zur Verfügung gestellt hätte.

Die gegen die Berechnung der Schadenersatzforderung vorgetragenen Bedenken des Beklagten sind nicht gerechtfertigt.

- a) Für die Ermittlung der Einkünfte der Bauherrengemeinschaft hat das Landgericht den in der Gebührenspezifikation aus der Anlage zur Rechnung des Steuerberaters B. vom 21. 12. 1989 aufgeführten Betrag von 528 DM zuerkannt. Die Rechnung ist von der äußeren Form nicht zu beanstanden, da die Art der Tätigkeit, die angewendete Vorschrift der Gebührenverordnung, die maßgebliche Tabelle und der Gebührensatz genannt sind. Ohne Erfolg wendet sich der Beklagte gegen den der Honorarberechnung zugrunde gelegten Gegenstandswert von 242.467 DM. Zutreffend hat der Steuerberater B. sein Honorar nach den Werbungskosten in der genannten Höhe berechnet. Denn nach § 27 Abs. 1 S. 2 StBGebV ist der jeweils höhere Betrag, der sich aus der Summe der Einnahmen oder der Summe der Werbungskosten ergibt, für die Bestimmung des Honorars maßgebend.
- b) Nicht zu beanstanden ist auch der Betrag von 612 DM, den das Landgericht für die **gemeinsame Feststellung der Einkünfte** zugesprochen hat. Der dagegen vom Beklagten erhobene Einwand, mangels positiver Einkünfte sei das Honorar nach dem Mindestwert von 18.000 DM zu berechnen, findet im Gebührenrecht keine Stütze. **§ 24 Abs. 1 Nr. 2 StBGebV bestimmt den Gegenstandswert nach den positiven Einkünften. Gemeint sind damit die ungeminderten Einnahmen, also ohne Berücksichtigung der Werbungskosten** (Eckert/Böttcher, StBGebV, 2. Aufl., Anm. 2 zu § 24 Abs. 1 Nr. 2).
- c) Schließlich hat das Landgericht die Honorarberechnung für die Erstellung der Buchführung 1987 nach einem Gegenstandswert von 2.178.902 DM mit 5.187 DM bestätigt. Auch dies ist nicht zu beanstanden. Der Gegenstandswert für die Ermittlung des Honorars für die Buchführungstätigkeit richtet sich nach dem Jahresumsatz (§ 33 Abs. 6 StBGebV). Im Falle einer Bauherrengemeinschaft, die keine Umsätze im engeren Sinne tätigt, ist auf den tatsächlichen Aufwand für das

Bauvorhaben im Jahre 1987 abzustellen. **Im Rahmen von § 33 StBGebV ist der Begriff des Umsatzes weit zu verstehen** (Eckert/Böttcher, a.a.O., Anm. 6 und 7 zu §§ 32 – 33): **Beim Fehlen eines Jahresumsatzes ist hilfsweise auf den betrieblichen Aufwand abzustellen**, der insbesondere den **Material- und Personalaufwand** umfaßt. Der Zeuge hat in diesem Zusammenhang die Annahme des Beklagten, bei dem Gegenstandswert von 2.178.902 DM handele es sich um den 3-Jahres-Wert, nicht bestätigt. Der Zeuge hat hierzu dem Senat die Summen- und Saldenliste für die Bauherrengemeinschaft vorgelegt, die per 31. 12. 1987 mit einem Betrag von 2.178.902,13 DM abschließt. Auf Frage hat der Zeuge weiterhin erklärt, daß sich diese Summe allein auf das Jahr 1987 bezieht. Ohne Erfolg greift der Beklagte den von dem Zeugen errechneten Betrag mit dem Einwand an, bestimmte Einzelbeträge seien doppelt gebucht worden. Denn der Beklagte räumt ein, daß der Zeuge das von ihm, dem Beklagten, gewählte Buchungsschema übernommen und fortgeführt hat.

3. Durch die Aussage des Zeugen ist ferner erwiesen, daß die Klägerin die am 21. 12. 1989 von dem Zeugen in Rechnung gestellte Honorarforderung am 7. 2. 1990 durch Scheckzahlung in vollem Umfang ausgeglichen hat.
- II. Die Anschlußberufung der Klägerin bleibt ebenfalls ohne Erfolg. Die über den vom Landgericht zuerkannten Betrag hinaus auf Zahlung von 5.896,08 DM (ursprünglicher Klageantrag in Höhe von 12.223,08 DM abzüglich vom Landgericht zugesprochener 6.327 DM) erhobene Forderung ist bereits der Höhe nach nicht hinreichend spezifiziert. Zur Begründung bezieht sich die Klägerin auf die Rechnung des Steuerberaters für das Jahr 1988. Die Anlage zu der fraglichen Rechnung v. 21. 12. 1989 enthält für das Jahr 1988 lediglich eine Position von 4.395 DM mit der Bezeichnung „Buchführung nach kontierten Beträgen“. Aber auch dieser geringere Betrag steht der Klägerin nicht zu. Denn der Zeuge hat in diesem Zusammenhang klargestellt, daß er für das Jahr 1988 keine Buchführungsarbeiten für die Bauherrengemeinschaft ausgeführt habe und daß die Rechnung vom 21. 12. 1989 insoweit fehlerhaft sei, als die Buchführungsarbeiten richtigerweise dem Jahre 1986 (statt 1988) zuzuordnen seien. Dem entspricht inhaltlich das von der Klägerin überreichte Schreiben des Steuerberaters vom 29. 12. 1992, wo richtiggestellt wird, daß die Rechnung bei der Jahreszahl einen Schreibfehler enthält. Auf das Jahr 1986 bezogene Buchführungsarbeiten sind, worauf der Senat im Termin am 13. 5. 1993 hingewiesen hat, indessen nicht Gegenstand der Klageforderung.

Anmerkung:

Das OLG hat die Ausübung des Zurückbehaltungsrechts durch den Steuerberater für vertragswidrig angesehen, weil nicht nur die Zahlung der gegenüber der Herausgabe-Klägerin zustehenden Forderungen verlangt wurde, sondern auch die Begleichung angeblicher anderer Forderungen z. B. gegenüber dem Geschäftsführer der Klägerin. Das OLG-Urteil hat insoweit nur verkürzt auf die Ausführungen der Entscheidungen des LG Wuppertal verwiesen (Gräfe).

Honoraranspruch

- Überschreitung der Mittelgebühr
- Darlegungslast
- Änderung der Gebührenordnung

(OLG Düsseldorf, Urt.v. 19.8.1993 – 13 U 273/92)

Leitsätze:

1. Der Steuerberater, der bei einer Rahmengebühr mehr als die Mittelgebühr verlangt, hat die überdurchschnittliche Bedeutung, den überdurchschnittlichen Umfang und die Schwierigkeiten der Bearbeitung zu erläutern (im Anschluß an die Rechtsprechung des 18. Zivilsenats des OLG Düsseldorf – GI 1990, 115). Der Umfang des Arbeitsaufwands allein rechtfertigt nicht die Überschreitung der Mittelgebühr, weil mit dem Arbeitsaufwand regelmäßig auch (hier: im Fall des Jahresabschlusses) die für die Gebührenbemessung nach Tabelle B maßgebliche berichtigte Bilanzsumme/betriebliche Jahresleistung ansteigt.
2. Im Falle einer Änderung der Gebührenordnung hat der Steuerberater darzulegen, daß der Auftrag zur Erledigung der Angelegenheit nach Inkrafttreten der Änderung erteilt worden ist.

Leitsätze (d.Verf.):

3. Die Verpflichtung zur Zahlung einer höheren als in der Gebührenverordnung vorgesehenen Vergütung setzt eine schriftliche Erklärung des Mandanten voraus (§ 4 Abs. 1 StBGebV). Eine Heilung des Formmangels tritt nicht dadurch ein, daß der Mandant in Unkenntnis der Rechtslage die geforderte Gebühr anstandslos zahlt.

4. Der Steuerberater ist nicht verpflichtet, die Umstände, die bei der Bemessung der Gebühr bestimmend waren, bereits in der Gebührenrechnung dem Mandanten mitzuteilen.

Aus den Gründen:

.....

II.

Für seine Leistungen steht dem Kläger ein nach der jeweiligen Mittelgebühr berechnetes Honorar zu.

1. Für die in den Positionen 2., 3. und 5. der Rechnung v. 25. 6. 1989 beschriebenen Leistungen gilt nach § 24 Abs. 1 Nr. 4, 5 a und 8 StBGebV ein Gebührenrahmen von 1/10 bis 6/10 der vollen Gebühr. **Die Mittelgebühr beträgt mithin $(1/10 + 6/10) : 2 = 3,5/10$ der vollen Gebühr nach Tabelle A.** Ermessenserwägungen, die eine Anhebung der Gebühr von 3,5/10 auf 4/10 rechtfertigen sollen, werden nicht mitgeteilt. Überdies zeigen die Ausführungen in der Klagebegründung v. 30. 6. 1992, daß der Kläger auch beabsichtigte, sein Honorar nach der Mittelgebühr zu berechnen, so daß in den Positionen 2., 3. und 5. der Rechnung lediglich ein Berechnungsfehler auszugleichen ist.
2. Auch für die **Aufstellung des Jahresabschlusses** (Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung für 1988) kann der Kläger lediglich eine nach der **Mittelgebühr** (23/10) berechnete Vergütung nach § 35 Abs. 1 Nr. 1 StBGebV beanspruchen.
 - a) Soweit der Kläger behauptet, die Parteien hätten am 20. 12. 1985 eine allgemeine Vereinbarung dahingehend getroffen, daß die Vergütung für die Erstellung aller zukünftigen Bilanzen nach einer 36/10-Gebühr habe abgerechnet werden sollen, bedarf es einer Beweisaufnahme insoweit nicht. **Aus einer derartigen Vereinbarung können Ansprüche nur hergeleitet werden, wenn der Auftraggeber die Verpflichtung zur Zahlung einer höheren Vergütung, als sie nach der Verordnung vorgesehen ist, schriftlich erklärt hat** (§ 4 Abs. 1 StBGebV). Die Einhaltung der Schriftform war für die Parteien deshalb erforderlich, weil nach § 35 Abs. 1 Nr. 1 StBGebV in der im Jahre 1985 geltenden Fassung die Höchstgebühr für die Aufstellung eines Jahresabschlusses 30/10 betrug und die Vereinbarung einer 36/10-Gebühr somit den nach der Gebührenordnung zulässigen Höchstsatz überstieg. Die Anhebung der Rahmengebühr auf 36/10 erfolgte erst durch die erste Verordnung zur Änderung der StBGebV v. 20. 6. 1988 (BGBl. I, 841). Im Jahre 1985 bedurfte somit die Vereinbarung einer 36/10-Gebühr für die Aufstellung eines Jahresab-

schlusses der Schriftform nach § 4 Abs. 1 StBGebV. **Eine Heilung des Formmangels ist auch nicht dadurch eingetreten, daß die Beklagte in der Vergangenheit in Unkenntnis der Rechtslage die geforderte Gebühr anstandslos bezahlt hat.**

- b) Im übrigen entspricht die Bestimmung einer 36/10-Gebühr durch den Kläger nicht billigem Ermessen. Die Rechnung des Klägers v. 25. 6. 1989 enthält keine Angaben darüber, warum im Einzelfall unter Berücksichtigung aller in § 11 StBGebV aufgezählter Umstände die Bestimmung der Höchstgebühr angemessen sein soll. **Zwar schreibt die Gebührenverordnung dem Steuerberater nicht vor, daß er seine Ermessenserwägungen bereits in der Gebührenrechnung dem Mandanten mitteilen muß.** Das dem Steuerberater ebenso wie dem Rechtsanwalt eingeräumte **Bestimmungsrecht** schließt indessen die Notwendigkeit ein, die für das von ihm ausgeübte Ermessen maßgebenden Erwägungen darzulegen. Dies folgt aus der Erwägung, daß der Steuerberater ebenso wie der Rechtsanwalt die Umstände, die bei der Bemessung zu berücksichtigen sind, am besten kennt, und entspricht den allgemeinen Grundsätzen für die Ermessensausübung, die insoweit für behördliches Ermessen und für das Ermessen im Rahmen von § 315 BGB keine grundlegenden Unterschiede aufweisen (FG Berlin, JurBüro 1981, 723, 725). Der Steuerberater, der ohne Begründung eine die Mittelgebühr übersteigende Rahmengebühr beansprucht, läuft Gefahr, daß eine fehlerfreie Ermessensausübung in einem oft erst Jahre später nachfolgenden Rechtsstreit nicht mehr festgestellt werden kann. Denn der Steuerberater, der bei einer Rahmengebühr mehr als die Mittelgebühr verlangt, **hat die überdurchschnittliche Bedeutung, den überdurchschnittlichen Umfang und die Schwierigkeiten der Bearbeitung zu erläutern** (OLG Düsseldorf, 18. Zivilsenat, GI 1990, 115). Diesen Anforderungen genügen die drei vom Kläger mit Datum v. 25. 6. 1989 erteilten Rechnungen nicht. Mit wörtlich gleichlautender Begründung (vgl. Berufungserwiderungen in den Parallelverfahren 13 U 271/92 und 13 U 272/92) begehrt der Kläger für die Aufstellung eines Jahresabschlusses jeweils die 36/10-Gebühr. Ohne Angabe konkreter und somit erst einer Nachprüfung zugänglicher Einzelheiten führt der Kläger lediglich pauschal aus, er habe vor der Erstellung des Jahresabschlusses die erforderlichen Grundlagen schaffen müssen, d. h. die Anlagebücher erstellen, die Lager- und Warenbestände ermitteln, zum Jahresende massive Umbuchungen vornehmen müssen, weil Debitoren und Kreditoren nur in geringem Umfang abgestimmt gewesen seien. Diese Ausführungen werden aber **nicht durch konkrete Beispiele, die die Notwendigkeit eines überdurchschnittlichen Arbeitseinsatzes des Klägers**

hätten veranschaulichen können, erläutert. Überdies ist zu beachten, daß der Umfang des Arbeitsaufwands allein noch keine Überschreitung der Mittelgebühr rechtfertigt, weil **im Regelfall mit dem Arbeitsaufwand auch die für die Gebührenbemessung nach Tabelle B maßgebliche berichtigte Bilanzsumme/betriebliche Jahresleistung ansteigt.**

Eine fehlerfreie Ermessensausübung durch den Kläger kann auch deshalb nicht festgestellt werden, weil – worauf der Senat in der mündlichen Verhandlung hingewiesen hat – erst durch die erste Verordnung zur Änderung der StBGebV v. 20. 6. 1988 die Höchstgebühr des § 35 Abs. 1 Nr. 1 StBGebV von 30/10 auf 36/10 angehoben wurde. Bei einer Änderung der Gebührenordnung während eines laufenden Jahres ist die Vergütung gemäß § 47a StBGebV nach bisherigem Recht zu berechnen, wenn der Auftrag zur Erledigung der Angelegenheit vor dem Inkrafttreten der Änderung erteilt worden ist. Die Aufstellung des Jahresabschlusses erfolgte zwar erst mit Ende des Jahres 1988. Daraus folgt jedoch nicht, daß der Auftrag hierzu erst nach Inkrafttreten der Änderungsverordnung am 1. 7. 1988 erteilt wurde.

Mietverhältnisse zwischen Angehörigen

- Nettomietzins
- Betriebskosten

(BFH, Urt. v. 22. 6. 1993 – IX R 19/89 –
nicht amtlich veröffentlicht – LEXinform 0122657)

Leitsatz (d.Verf.):

Ein Mietvertrag mit nahen Angehörigen ist ertragssteuerlich nur anzuerkennen, wenn neben einem „Nettomietzins“ die Nebenkosten vertraglich geregelt sind.

Aus den Gründen:

Die Revision des FA ist begründet. Sie führt zur Aufhebung des angefochtenen Urteils und zur Entscheidung in der Sache selbst (§ 216 Abs. 3 Nr. 1 der Finanzgerichtsordnung - FGO -). Das FG hat rechtsfehlerhaft ent-

schieden, daß die Einkünfte der Kläger aus Vermietung und Verpachtung durch Überschußrechnung zu ermitteln sind. Die Voraussetzungen des § 21 a Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 EStG, unter denen die Pauschalierung des Nutzungswerts gemäß § 21 a Abs. 1 und 2 EStG nicht zur Anwendung kommt, liegen im Streitfall nicht vor, weil die Kläger keine Wohnung im eigenen Haus „zur dauernden Nutzung vermieden haben“.

1. Nach § 21 a Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 EStG ist der Nutzungswert der Wohnung im eigenen Haus nicht gemäß § 21 a Abs. 1 Sätze 1 und 2 EStG zu pauschalieren, wenn eine Wohnung unter bestimmten weiteren Voraussetzungen vermietet ist. Wird, wie im Streitfall, eine Wohnung an nahe Angehörige vermietet, kann dieses Mietverhältnis der Besteuerung grundsätzlich nur dann zugrunde gelegt werden.

Wenn der Mietvertrag bürgerlich-rechtlich wirksam geschlossen ist und sowohl die Gestaltung als auch die Durchführung des Vereinbarten dem zwischen fremdüblichen entsprechen (ständige Rechtsprechung, Senatsurteil vom 19. 6. 1991 IX R 306/87, BFHE 165, 359, BSTBI II 1992, 75).

Das FG hat nicht geprüft, ob die Vereinbarungen einem Fremdvergleich standhalten. Es hat sich auf den Hinweis beschränkt, daß ein Mietvertrag ernsthaft abgeschlossen worden sei. Die Vorentscheidung ist daher aufzuheben.

2. Da die Sache spruchreif ist, entscheidet der Senat in der Sache selbst (§ 126 Abs. 3 Nr. 1 FGO).
 - a) Die vom FG getroffenen Feststellungen erlauben nicht den Schluß, daß die zwischen dem Kläger und seinem Schwiegervater getroffene Vereinbarung über Mietzins einem **Fremdvergleich** standhält. Denn zwischen fremden Vertragsparteien eines Mietvertrags **ist es nicht üblich, daß einerseits ein „Nettomietzins“** (§ 4 I.A des Mietvertrags) **vereinbart wird, ohne daß, gleichzeitig auch eine klare vertragliche Regelung über die Betriebskosten (Nebenkosten) getroffen wird.** Aus dem Mietvertrag ist nicht mit hinreichender Deutlichkeit ersichtlich, was hinsichtlich der Betriebskosten gelten soll. Einerseits ist die in § 4 I.B vorgesehene Regelung über die Betriebskostenaufteilung gestrichen, andererseits ist nach § 6 des Mietvertrags **offen, was hinsichtlich der Nebenkosten** (Heizungskosten und sonstige Betriebskosten) **gelten soll.** Bei dieser Ausgangslage bleibt es letztlich unklar, ob die als „Nettomiete“ bezeichneten ... DM nicht tatsächlich eine Bruttomiete sein soll. Mindestens würden fremde Vertragsparteien klarstellen, daß die vereinbarte Miete eine Bruttomiete (inklusive Nebenkosten) oder eine Nettomiete ist, neben der

die Nebenkosten zusätzlich Abzurechnen sind. Schon dieser Umstand schließt es aus, den Mietvertrag zwischen dem Kläger und seinem Schwiegervater der Besteuerung zugrunde zu legen.

- b) Die steuerliche Anerkennung des Mietverhältnisses scheitert entgegen der Ansicht des FG auch daran, daß es nicht wie vereinbart durchgeführt worden ist. Zur Durchführung eines Mietvertrags gehört – nicht anders als bei einem Pachtvertrag – **die vertragsgemäße Zahlung der geschuldeten Vergütung** (vgl. Urteil des Bundesfinanzhofs – BFH – vom 5. 2. 1988 III R 216/84, BFH/NV 1988, 553).

Nach den tatsächlichen Feststellungen des FG ist die Miete nicht regelmäßig spätestens am dritten Werktag eines jeden Monats an den Vermieter wie in § 6 des Mietvertrags vereinbart gezahlt worden, sondern unregelmäßig je nachdem wann sich der Mieter in der Wohnung aufgehalten hat.

Zwischen fremden Vertragsparteien eines Mietvertrags ist es aber nicht üblich, daß einerseits die regelmäßige Mietzinsentrichtung bis spätestens am dritten Werktag eines jeden Monats vereinbart wird und daß andererseits die Mietzinsentrichtung bei der unregelmäßigen Nutzung der Wohnung teilweise für mehrere Monate zusammen durch Barzahlung erfolgt. Anhaltspunkte für eine Vertragsänderung im Sinne der tatsächlichen Handhabung bei der Entrichtung seines Mietzinses liegen nicht vor. Sie würden zudem inhaltlich einem Fremdvergleich nicht standhalten.

- c) Ist der Mietvertrag der Besteuerung nicht zugrunde zu legen, so folgt daraus, daß die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung so zu ermitteln sind als ob nur die Kläger das Haus selbst genutzt hätten (vgl. BFH-Urt. v. 31. 3. 1992 – IX R 299/87, BFH/NV 1992, 656).

Unerörtert kann damit bleiben, ob die Ermittlung des Nutzungswerts nach § 21 Abs. 2 EStG auch daran scheitern würde, daß die im Keller-geschoß vermieteten Räume, die baurechtlich wegen fehlender Mindesthöhe und fehlender Mindestbelüftung nicht zum dauernden Aufenthalt von Menschen bestimmt sind und steuerrechtlich nicht als Wohnung zu bewerten sind.

Anwaltshaftung

- Rechtskenntnisse
- höchstrichterliche Rechtsprechung
- Evidenz neuer Rechtsentwicklungen
- Aufhebung eines Grundstückskaufvertrages
- Anmerkung

(BGH, Urt. v. 30. 9. 1993 – IX ZR 211/92)

Leitsatz:

Zur Frage, inwieweit ein Rechtsanwalt auf den Fortbestand höchstrichterlicher Rechtsprechung vertrauen darf.

Aus den Gründen:

I.

.....

Das Berufungsgericht meint, der Beklagte zu 2) habe nicht schuldhaft gehandelt, als er objektiv pflichtwidrig die Kaufvertragsparteien veranlaßt habe, zur Vermeidung sonst anfallender Beurkundungskosten die entsprechend § 313 Satz 1 BGB formbedürftige Vereinbarung v. 9. 2. 1982 über die Aufhebung des Grundstückskaufvertrages nur privatschriftlich zu treffen und allein die Löschungsbewilligung der Käuferin durch den Beklagten zu 1) notariell beglaubigen zu lassen. Maßgeblich sei damals nach wie vor die Entscheidung des Bundesgerichtshofs aus dem Jahre 1964 gewesen. Daß in der Literatur überwiegend die gegenteilige Auffassung vertreten worden sei, der sich der Bundesgerichtshof später angeschlossen habe, stehe dem nicht entgegen. Vor einer Änderung der Rechtsprechung habe der Beklagte zu 2) darauf vertrauen dürfen, daß die Gerichte von der Wirksamkeit der privatschriftlichen Aufhebung des Kaufvertrages ausgehen würden. Er sei auch nicht gehalten gewesen, die Klägerin auf die abweichenden Literaturmeinungen hinzuweisen.

Auch eine Haftung des Beklagten zu 1) als Notar scheide aus. Zwar habe er den Löschantrag verspätet gestellt und deshalb seine ihm der Klägerin gegenüber obliegenden Amtspflichten verletzt. Es könne aber nicht festgestellt werden, daß bei einer alsbaldigen Antragstellung die Vormerkung bis zum Wirksamwerden der Pfändung des Anwartschaftsrechts der Käuferin durch den Gläubiger L. am 1. oder 2. 3. 1982 gelöscht worden wäre. Vielmehr wäre die Löschung auch bei einem rechtzeitigen

Antrag nicht vor dem 2.3.1982 eingetragen worden und die Klägerin hätte ihr Eigentum aufgrund der Pfändung später ohnehin verloren.

II.

Im Ergebnis mit Recht hat das Berufungsgericht die Klage abgewiesen, soweit sie auf eine Verletzung des zwischen den Parteien geschlossenen Anwaltsvertrages gestützt ist.

1. Das Berufungsgericht geht im Anschluß an BGHZ 83, 395, 399 f davon aus, die Vereinbarung vom 9.2.1982 habe entsprechend § 313 BGB der notariellen Beurkundung bedurft, weil die Vertragsparteien sich verpflichtet hätten, das für die Käuferin begründete Anwartschaftsrecht aufzuheben. Wenn dies zutrifft, könnte ungeachtet dessen, daß die angezogene Entscheidung des Bundesgerichtshofs erst nach Abschluß der Vereinbarung ergangen ist, einiges für eine schuldhaftes Pflichtverletzung der Beklagten sprechen.

Ein Rechtsanwalt ist aufgrund des Anwaltsvertrages verpflichtet, die Interessen seines Auftraggebers in den Grenzen seines erteilten Mandats nach jeder Richtung umfassend wahrzunehmen. Er muß sein Verhalten so einrichten, daß er Schädigungen seines Auftraggebers, mag deren Möglichkeit auch nur von einem Rechtskundigen vorausgesehen werden können, tunlichst vermeidet. **Sind mehrere Wege möglich,** um einen erstrebten Erfolg zu erreichen, hat er denjenigen zu wählen, **auf dem dieser am sichersten erreichbar ist. Will er einen weniger sicheren Weg wählen, muß er zumindest seinen Auftraggeber zuvor über die insoweit bestehenden Gefahren belehren und sein weiteres Verhalten von dessen Entscheidung abhängig machen.** Welche konkreten Pflichten aus diesen allgemeinen Grundsätzen abzuleiten sind, richtet sich nach dem erteilten Mandat und den Umständen des Falles (vgl. BGH, Urt. v. 31.10.1985 – IX ZR 175/84, GI 86, 145 = WM 1986, 199, 202; v. 17.12.1987 – IX ZR 41/86, GI 88, 164 = WM 1988, 382, 385; v. 28.6.1990 – IX ZR 209/89, GI 90, 209 = WM 1990, 1917, 1918 f; v. 6.2.1992 – IX ZR 95/91, GI 92, 115 WM 1992, 742, 743; v. 29.4.1993 – IX ZR 101/92, GI 93, 260 = WM 1993, 1508, 1509).

Im Streitfall wird den Beklagten der Vorwurf gemacht, im Anschluß an die Entscheidung des Bundesgerichtshofs v. 26.2.1964 (WM 1964, 509, 510) ohne Berücksichtigung der an ihr geübten Kritik und der zwischenzeitlichen Rechtsentwicklung angenommen zu haben, ein notarieller beurkundeter Grundstückskaufvertrag könne vor seinem Vollzug im Grundbuch auch dann ohne Wahrung dieser Form wieder aufgehoben werden, wenn zugunsten des Käufers ein Anwartschaftsrecht be-

gründet worden sei. Der Beklagte zu 2) hätte nicht ohne weiteres auf den Fortbestand der Rechtsprechung vertrauen dürfen, sondern hätte die Klägerin zumindest auf die entgegenstehenden Stimmen in der Literatur hinweisen und ihr im Hinblick auf die bestehende Rechtsunsicherheit die notarielle Beurkundung empfehlen müssen. Dies gelte um so mehr, als ihm die Zahlungsunfähigkeit der Käuferin bekannt gewesen sei und er mit einem Zugriff von Gläubigern auf die Rechte aus dem Kaufvertrag hätte rechnen müssen.

Wegen der richtungweisenden Bedeutung, die höchstrichterlichen Entscheidungen für die Rechtswirklichkeit zukommt, hat sich ein Rechtsanwalt bei der Wahrnehmung eines Mandats grundsätzlich an dieser Rechtsprechung auszurichten (vgl. BGH, Urt. v. 29. 3. 1983 – VI ZR 172/81, NJW 1983, 1665; v. 8. 10. 1992 – IX ZR 98/91, GI 93, 78 = WM 1993, 420, 420). **Es darf in der Regel auf ihren Fortbestand vertrauen** (vgl. E. Schneider MDR 1972, 745, 747). Das gilt insbesondere in den Fällen einer gefestigten höchstrichterlichen Rechtsprechung, weil von einer solchen nur in besonderen Ausnahmefällen abgegangen zu werden pflegt (vgl. BGHZ 85, 64, 66; 87, 150, 155 f; Borgmann/Haug, Anwaltshaftung 2. Aufl. S. 96; Vollkommer, Anwaltshaftungsrecht Rdn. 153, 180 mit Fußn. 277). Das gleiche wird für neuere Entscheidungen zutreffen, in denen die jeweilige Problematik behandelt und in einem bestimmten Sinn entschieden worden ist. **Auch entgegenstehende Judikatur von Instanzgerichten und abweichenden Stimmen im Schrifttum verpflichten den Rechtsanwalt dann regelmäßig nicht, bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben die abweichende Meinung zu berücksichtigen.** Die Entscheidung des VII. Zivilsenats in BGHZ 60, 98, 101, die eine andere Auffassung nahelegen könnte, betrifft das Verjährungsrecht und ist für das anwaltliche Haftungsrecht nicht unmittelbar einschlägig.

Gleichwohl gibt es Grenzen anwaltlichen Vertrauens auf den Fortbestand einer höchstrichterlichen Rechtsprechung. Der Anwalt darf sich auf ihre Fortdauer nicht blind verlassen. So hat er die Auswirkungen neuer Gesetze auf eine zu dem alten Rechtszustand ergangene Judikatur zu erwägen. Auch hat er Hinweise eines obersten Gerichts auf die Möglichkeit einer künftigen Änderung seiner Rechtsprechung zu berücksichtigen. Ferner hat er nach Möglichkeit neue Entwicklungen in Rechtsprechung und Rechtswissenschaft, namentlich das Entstehen neuer Rechtsfiguren zu verfolgen und im Rahmen des ihm Zumutbaren deren mögliche Auswirkungen auf eine ältere Rechtsprechung im Bereich der jeweiligen Problemfelder zu bedenken. Dies kann unter bestimmten Umständen dazu führen, daß der Anwalt dann, wenn es auf einem Rechtsgebiet mit dogmatischem Wandel zu einer bestimmten Frage an neueren höchst-

richterlichen Entscheidung fehlt, die dem gewandelten Verständnis Rechnung tragen konnten, nicht mehr ohne weiteres auf den Fortbestand einer alten Rechtsprechung vertrauen darf, sondern wegen seiner Pflicht zur Wahl des relativ sichersten Weges gehalten ist, eine Änderung der höchstrichterlichen Rechtsprechung in Rechnung zu stellen. Allgemeine Regeln lassen sich insoweit kaum finden. **Entscheidend sind stets die besonderen Umstände des Einzelfalls. Grundsätzlich wird darauf abzustellen sein, mit welchem Grad an Deutlichkeit (Evidenz) eine neue Rechtsentwicklung in eine bestimmte Richtung weist und eine neue Antwort auf eine bisher anders entschiedene Frage nahelegt.** Ferner wird ins Gewicht fallen, mit welchem Aufwand – auch an Kosten – der neuen Rechtsentwicklung im Interesse des Mandanten Rechnung getragen werden kann. Insbesondere wird zu bedenken sein, ob der Anwalt bei einer Berücksichtigung der neuen Rechtsentwicklung sich für den Fall, daß die bisherige Rechtsprechung nicht geändert wird, dem Vorwurf aussetzen kann, diese Rechtsprechung nicht beachtet und deshalb einen Schaden seines Mandanten verursacht zu haben (vgl. Rehbinder, Festschrift für Stimpel S. 47, 55 ff). **Regelmäßig wird es sich um besonders zu begründende, eng umgrenzte Ausnahmefälle handeln, in denen es als schuldhaftes Pflichtverletzung des Anwalts zu werten ist, daß er seiner Beratung die Möglichkeit einer Änderung der bisherigen höchstrichterlichen Rechtsprechung nicht zugrunde gelegt hat.**

Im Streitfall könnte von Bedeutung sein, daß in dem gängigen Kommentar von Palandt, dessen 23. Auflage der Bundesgerichtshof in der Entscheidung vom 26. 2. 1964 (WM 1964, 509, 510) als (einzigen) Beleg für seine Rechtsprechung aufgeführt hatte, seit der 39. Auflage (Erscheinungsjahr 1980, § 313 Anm. 9) unter Hinweis auf die 1979 erschienene 1. Auflage des Münchener Kommentars und die in demselben Jahr erschienene 12. Auflage des Kommentars von Staudinger unter ausdrücklicher Abweichung von der Entscheidung des Bundesgerichtshofs WM 1964, 509 die Auffassung vertreten worden ist, daß die Aufhebung eines notariell beurkundeten Kaufvertrages nach Auflassung ebenfalls formbedürftig sei, weil sie das Anwartschaftsrecht des Auflassungsempfängers wieder aufhebe. Nach MünchKomm/Kanzleiter, BGB 1. Aufl. § 313 Rdn. 16, 49 und Staudinger/Wufka, BGB 12. Aufl. § 313 Rdn. 19, 66 bedarf die Aufhebung des Kaufvertrages der notariellen Beurkundung, wenn für den Käufer bereits ein Anwartschaftsrecht begründet wurde. Bei einer Lektüre des Urteils in WM 1964, 509 hätte der Beklagte zu 2) feststellen können, daß hier die Möglichkeit einer Differenzierung zwischen der Aufhebung eines Grundstückskaufvertrages vor und nach Begründung eines Anwartschaftsrechts nicht einmal angedeutet wird. Ferner könnte ins Gewicht fallen, daß die

grundlegenden Entscheidungen des Bundesgerichtshofs vom 25. 2. 1966 (BGHZ 45, 186) und vom 18. 12. 1967 (BGHZ 49, 197) zum Anwartschaftsrecht des Auflassungsempfängers noch nicht ergangen waren. Aus BGHZ 49, 197, 202 ließ sich entnehmen, daß der Bundesgerichtshof für die Übertragung des Anwartschaftsrechts die (gemäß § 925 BGB der notariellen Beurkundung bedürftige) Auflassung verlangt. Gewichtige Stimmen der Literatur vertraten schon vor 1982 die Auffassung, daß auch die Verpflichtung zur Übertragung des Anwartschaftsrechts gemäß § 313 BGB beurkundungspflichtig sei (MünchKomm/Kanzleiter a.a.O. § 313 Rdn. 16 m.w.N.; Palandt/Heinrichs a.a.O. ab 39. Aufl. § 313 Anm. 2 g; Staudinger/Wufka a.a.O. § 313 Rdn. 19). Daß ein Anwartschaftsrecht nicht nur durch Auflassung und Stellung des Umschreibungsantrags beim Grundbuchamt durch den Erwerber (BGHZ 49, 197, 201) begründet werden konnte, sondern auch durch Auflassung und Eintragung einer Auflassungsvormerkung, entsprach einer weithin vertretenen, wenngleich nicht unumstrittenen und höchstrichterlich noch nicht bestätigten Auffassung (OLG Hamm, NJW 1975, 879, 880; OLG Düsseldorf, Rpfleger 1981, 199, 200 mit krit. Anm. Eickmann; Palandt/Bassenge a.a.O. ab 39. Aufl., § 925 Anm. 6 B bb; BGB-RGRK/Augustin, 12. Aufl. [1976] §§ 925, 925 a Rdn. 84; MünchKomm/Kanzleiter, BGB 1. Aufl. [1981] § 925 Rdn. 34; vgl. auch bereits BGHZ 45, 186, 190).

Bei diesem relativ leicht erkennbaren Stand der Rechtsentwicklung könnte einiges dafür sprechen, daß der Beklagte zu 2) im Februar 1982 in Rechnung stellen mußte, der Bundesgerichtshof werde – wie dies tatsächlich kurz darauf im Urteil vom 30. 4. 1982 (BGHZ 83, 395) geschah – bei nächster Gelegenheit von der 18 Jahre zuvor ergangenen und – soweit ersichtlich – von ihm nie bekräftigten Entscheidungen WM 1964, 509 derart abrücken, daß er die Aufhebung eines Grundstückskaufvertrages im Fall eines zugunsten des Käufers begründeten Anwartschaftsrechts der Form des § 313 BGB unterwarf und ein Anwartschaftsrecht auch annahm, wenn nach erklärter Auflassung eine Auflassungsvormerkung im Grundbuch eingetragen wurde. Für diesen Fall dürfte die Annahme nicht fernliegen, daß der Beklagte zu 2) wegen seiner Verpflichtung zur Wahl des den Umständen nach sichersten Weges gehalten war, der Klägerin eine notarielle Beurkundung der Vereinbarung vom 9. 2. 1982 zu empfehlen. Eine solche Beurkundung wäre hier mit verhältnismäßig geringen Kosten und ohne sonstigen größeren Aufwand möglich gewesen, und die Gefahr, daß der Klägerin infolge einer Abweichung von der Entscheidung von 1964 ein Schaden entstehen könnte, bestand nicht.

Gegen eine schuldhafte Pflichtverletzung des Beklagten zu 2) ließe sich insbesondere anführen, daß nicht endgültig geklärt war, ob durch Auf-

lassung und Eintragung einer Auflassungsvormerkung ein Anwartschaftsrecht entsteht, und daß mit einigem Recht die Auffassung vertreten werden konnte, die Verpflichtung zur Aufhebung eines Anwartschaftsrechts sei derjenigen zu seiner Übertragung nicht gleichzusetzen und deshalb – anders als diese – einer notariellen Beurkundung nicht bedürftig (vgl. etwa Reinicke/Tiedtke NJW 1982, 2281, 2286 ff.).

2. Letztlich bedarf die Frage, ob der Beklagte zu 2) gleichwohl eine Änderung der höchstrichterlichen Rechtsprechung zur Formbedürftigkeit einer Vereinbarung über die Aufhebung eines Grundstückskaufvertrages bei einem Anwartschaftsrecht des Käufers bedenken mußte, keiner abschließenden Beantwortung. Auch wenn man dies bejahen wollte, fällt dem Beklagten zu 2) im Streitfall eine schuldhaft Verletzung seiner Anwaltpflichten nicht zur Last. Entgegen der Auffassung des Berufungsgerichts ist nämlich davon auszugehen, daß die Vereinbarung vom 9.2.1982 auch bei Zugrundelegung der mit der Entscheidung BGHZ 83, 395 eingeleiteten höchstrichterlichen Rechtsprechung (vgl. auch BGH, Urt. v. 20. 11. 1987 – V ZR 171/86, NJW-RR 1988, 265; BGHZ 103, 175, 179) nach der seinerzeit einhellig und noch heute ganz überwiegend vertretenen Meinung der notariellen Beurkundung nicht bedurfte.

Dem Text der vom Berufungsgericht nicht näher ausgelegten Vereinbarung ist mit hinreichender Klarheit zu entnehmen, daß mit ihr nicht nur der schuldrechtliche Kaufvertrag über das Grundstück, sondern sämtliche in der notariellen Urkunde enthaltenen Erklärungen der Vertragsparteien mit Einschluß der Auflassung aufgehoben werden sollten. In Nr. 1 der Vereinbarung ist von sämtlichen Rechtsgeschäften im Zusammenhang mit der Rückabwicklung des notariellen Kaufvertrages die Rede. In Nr. 2 wird die Löschung der Auflassungsvormerkung bewilligt, in Nr. 3 die Freigabe der hinterlegten Teilkaufpreissumme erklärt, die der Käuferin zustehen sollte. Schließlich wird in Nr. 4 bekräftigt, daß mit der Erfüllung dieses Vergleiches sämtliche wechselseitigen Ansprüche der Parteien ausgeglichen seien. **Aus alledem ist zu schließen, daß die Vertragsparteien mit der Vereinbarung vom 9. 2. 1982 ihre durch den Kaufvertrag begründeten Rechtsbeziehungen soweit wie rechtlich irgend möglich rückgängig machen wollten.** Es bestand kein ersichtlicher Grund, die Auflassung von dieser Rückgängigmachung auszunehmen. Dies gilt um so mehr, als der Klägerin, die vergeblich versucht hatte, aus dem Urteil des Oberlandesgerichts Düsseldorf v. 20. 5. 1981 zu vollstrecken, sowohl ein vertragliches als auch ein gesetzliches Recht zum Rücktritt von dem Kaufvertrag zustand, mit dessen Ausübung der der Auflassungsvormerkung zugrundeliegende vertrag-

liche Anspruch und damit zugleich das (insoweit akzessorische) Anwartschaftsrecht der Käuferin vernichtet worden wäre (vgl. Reinicke/Tiedtke NJW 1982, 2281, 2285).

Die Aufhebung der Auflassung ist vor Umschreibung des Eigentums im Grundbuch grundsätzlich formlos möglich (vgl. KG HRR 1930 Nr. 42; BayObLGZ 1954, 141, 147; 1972, 397, 401; Flume, Das Rechtsgeschäft 3. Aufl. § 15 I 3 = S. 248; Staudinger/Ertl, BGB 12. Aufl. § 925 Rdn. 89). Dabei wurde und wird von der herrschenden Auffassung, deren Berechtigung hier dahingestellt bleiben kann, nicht unterschieden, ob ein Anwartschaftsrecht besteht oder nicht (vgl. Reinicke/Tiedtke NJW 1982, 2281, 2286; Tiedtke DB 1991, 2273, 2274; Hager JuS 1991, 1, 4; Erman/Hagen, BGB 9. Aufl. § 925 Rdn. 36; MünchKomm/Kanzleiter, BGB 2. Aufl. § 925 Rdn. 30; Palandt/Bassenge, BGB 52. Aufl. § 925 Rdn. 23; a. A. in neuerer Zeit Lehmann DNotZ 1987, 142, 147 ff.). Danach durfte der Beklagte zu 2) davon ausgehen, daß die in der notariellen Urkunde von 1979 erklärte Auflassung formlos aufgehoben werden konnte. Er durfte ferner annehmen, daß bei gleichzeitiger Aufhebung von Kaufvertrag und Auflassung auch die Aufhebung des Kaufvertrages ohne Wahrung der notariellen Form wirksam sei. Der Grund dafür, daß die Verpflichtung zur Aufhebung eines Anwartschaftsrechts der notariellen Beurkundung bedarf, liegt darin, daß der Inhaber des Anwartschaftsrechts damit gezwungen wird, eine gesicherte Rechtsposition in bezug auf das Grundstück zugunsten des Verkäufers wieder aufzugeben (BGHZ 83, 395, 400). Gibt der Anwartschaftsberechtigte sein Anwartschaftsrecht aber auf, indem er mit dem Verkäufer vor Abschluß eines Aufhebungsvertrages oder zugleich mit ihm die Aufhebung der Auflassung vereinbart, wird ein derartiger Zwang nicht begründet, so daß es des mit der notariellen Beurkundung bezweckten Schutzes vor Übereilung nicht bedarf (vgl. Reinicke/Tiedtke NJW 1982, 2281, 2286; Tiedtke DB 1991, 2273, 2274 Fallgruppen 1 und 2; Pohlmann DNotZ 1993, 355, 358 ff.).

Dem Beklagten zu 2) ist mithin in keinem Fall als schuldhafte Pflichtverletzung anzulasten, daß er nicht für eine notarielle Beurkundung der Vereinbarung vom 9. 2. 1982 Sorge getragen hat.

3. Den Beklagten könnte allenfalls vorgeworfen werden, nach der Pfändung der angeblichen Rechte der Käuferin nicht alle ihnen zumutbaren verfahrensrechtlichen Möglichkeiten genutzt zu haben, um den Eigentumsverlust der Klägerin zu vermeiden. Diese Frage kann indessen auf sich beruhen; ein solcher Vorwurf ist nicht Gegenstand des vorliegenden Rechtsstreits

Anmerkung:

Die BGH-Entscheidung korrigiert das Urteil des OLG Düsseldorf vom 11. 9. 1992 – 14 U 31/92 – GI 1993, 139.

Der IX. Zivilsenat betrachtet die Verpflichtung des Anwalts zur Einhaltung des sichersten Weges offenbar etwa strenger als beim Steuerberater. Vielleicht hängt dies mit der für Zivilrechtler „sperrigen“ Steuerrechtsmaterie, der Erkenntnis der häufigen Gesetzes- und Rechtsprechungsänderung im Steuerrecht oder der Einsicht in die unerschöpflichen Möglichkeiten der Gestaltungsberatung zusammen.

Im Urteil vom 3. 6. 1993 – IX ZR 173/92, wird dem Steuerberater deshalb auch nur die Pflicht auferlegt, dem Mandanten den „relativ sichersten Weg“ aufzuzeigen (GI 1993, 303, 315). Dabei bindet der BGH den Steuerberater an die Einhaltung der höchstrichterlichen Rechtsprechung auch dann, wenn sie im Schrifttum bekämpft wird und nicht auszuschließen ist, daß sie sich in der Zukunft ändert (Gräfel).

GI Leitsatz**Werbung / Branchentelefonbuch / Fachanwaltsbezeichnungen / Tätigkeitsschwerpunkt**

Die Eintragung einer Sozietät in ein Branchentelefonbuch mit Angaben der Fachanwaltsbezeichnungen und Tätigkeitsschwerpunkte der jeweiligen Mitglieder verstößt nicht gegen das Verbot anwaltlicher Werbung. (BGH, Urt. v. 13. 9. 1993 – AnwSt (R) 6/93 – BRAK-Mitt. 94, 51)

GI Hinweise

Der Wurm/Wagner/Zartmann „Das Rechtsformularbuch“ ist bereits in der 13. Auflage erschienen. Die praktischen Erläuterungen und Muster sind von einem Team anerkannter Sachkenner völlig neu bearbeitet worden:

Notar Andreas Albrecht, Richter am LG Jochen Barthelmess, Rechtsanwalt Dr. Jobst-Hubertus Bauer, RA Klaus Benthin, Notar Dr. Helmut Götte, RA und WP/StB Götz Kandler, Richter am AG Helmut Klug, Notar Prof. Dr. Gerrit Langenfeld, RA Christhard Schiller, RA Dr. Wolfgang Schmid, RA Dr. Graf von Westphalen.

Das Formularbuch hilft Rechtsgestaltungen zu verstehen und Gestaltungswünsche umzusetzen. Ausgebaut wurden die Steuer- und Kostenfolgen.

Einige Aktualitäten der 13. Auflage in Stichworten:

Deutsche Einheit mit den Sonderregelungen insbes. im Familien-, Erb- und Sachenrecht; Betreuungsrecht; Verbraucherkreditgesetz; Mietrechtsänderungsgesetze; Ausbau des Leasing; Aufnahme von Factoring, Forfaitierung, Franchising, Software-Überlassung sowie Wettbewerbsrecht (vorgerichtliche Streiterledigung; Nachunterwerfung oder Verteilung).

Bemerkenswert ist die vom Verlag zur Verfügung gestellte Diskette, die alle Formulare enthält (1869 Seiten, 198,- DM, ISBN 3-504-07006-4).

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis (Heft 1 – 5, 1994)

Abtretung		Haftungsbeschränkung	
– d. Honoraranspruchs	94, 72	– Anlageberatung	94, 117
Anlageberatung		Honoraranspruch d. StB	
– Abgrenzung z. Anlagevermittlung	94, 117	– Abtretung	94, 73
– Bonitätsprüfung	94, 117	– Annahmeverzug d. Mandanten	
– Haftungsausschluß	94, 117	= keine Nachleistungspflicht	94, 126
Annahmeverzug		= Vermögensvorteil d. StB	94, 126
– d. Mandanten	94, 126	– Aufrechnung	
= Vergütungsanspruch d. StB	94, 129	= mit n. fälliger Honorarforderung	94, 14
Anwaltsnotar		– Buchführung	
– Abgrenzung RA-Haftung	94, 40	= Klärung d. Belege	94, 123
Architektenhaftung		– Einforderbarkeit, § 9 StBGebV	
– Wohnflächenbegrenzung	94, 28	= im Prozeßvortrag	94, 16, 123
Bauherrenmodell		– Gebührenrahmen, § 11 StBGebV	
– Einkunftserzielungsabsicht	94, 19	= Buchführungshonorar	94, 125
= Rückkaufangebot		= Mittelgebühr, überschreiten der –	94, 133
Berufsverbot		– Gegenstandswert	
– Schuldnerverzeichnis	94, 80	= fehlender Jahresumsatz	94, 130
Berufungsschrift		– Pauschalgebühr, § 14 StBGebV	
– mehrfache		= Beweislast	94, 56
= Telefax, Schriftsatz	94, 66	– Tilgung	94, 14
Betriebsprüfung		= kein Verrechnungshinweis	94, 22
– ohne Prüfungsanordnung	94, 104	– Unkostenpauschale, § 16 StBGebV	
– Verwertungsverbot	94, 104	= jede Steuererklärung	94, 58
Beweislast		– Zeitgebühr	
– unterlassene Aufklärung/Belehrung		= Angabe § 13 StBGebV	94, 58
= Beweisvermutung	94, 3	= Klärung d. Belege	94, 123
– Kausalität		Investitionszulage	
= z. Pflichtverletzung u. Schaden	94, 4	– Fürsorgepflicht d. FA	94, 122
– Zugang beim FA	94, 26	Kausalität	
Bürgschaft		– Beratungsfehler	94, 3
– zur Steuerschuld	94, 75	– Beweislast	94, 3
Entnahme		– Schutzzweck, Notarfehler	94, 37
– Buchungshandlung	94, 104	– Unterbrechung d. –	94, 36
Erfüllungsgehilfe		Kenntnis d. Zivilrechts	
– Notar/Beteiligter	94, 2	– BGH-Meinung	94, 139
Feststellungsklage		= Rechtsprechungsänderung	94, 141
– künftiger Anspruch	94, 2	Mahnbescheid	
Fristenkontrolle		– Bezeichnung d. Anspruchs	94, 93
– Fristenkontrollbuch		Mietvertrag m. Angehörigen	94, 136
= Frist § 516 ZPO, 6 Mte	94, 39	Mitverschulden	
– Telefax		– Haftungsverteilung	94, 67
= Weisung an Bürokraft	94, 38	– Rechtsmittel, unterlassenes	94, 40
– Weisung an Bürokraft		Notar	
= Telefax	94, 38	– Anwaltsnotar	
Gewinnausschüttung, verdeckte –		= Abgrenzung RA-Haftung	94, 40
– Zahlung für Kundenstamm	94, 28	– Belehrungspflicht	
		= Genehmigungspflicht, § 12 GrdstVG,	
		§ 19 BBauG	94, 2
		= Vormerkungswirkung	94, 29

– Beweislast			
= Kausalität Notarfehler/Schaden	94, 35		
= Erschließungskosten	94, 82		
– Prüfungspflicht			
= Vertretungsvollmacht	94, 29		
– Sachverhaltsermittlung	94, 82		
– Wille d. Beteiligten	94, 82		
Niederschlagung			
– der Steuerschuld	94, 75		
Prüfungspflicht			
– d. Jahresabschlusses			
= nach Umwandlung	94, 24		
Rechtsanwalt			
– Beratungspflichten			
= Verfassungsbeschwerde,			
Mißbrauchsgebühr	94, 66		
– Maklertätigkeit	94, 122		
– Zulassung			
= Versicherungsmakler	94, 122		
= Kammer-Geschäftsführer	94, 122		
Rechtsberatung			
– Abwicklung d.			
nichtigen Rechtsberatungsvertrages			
= Honoraranspruch	94, 62		
– Honorarrückzahlung	94, 62		
– Kindergeldsache	94, 26		
– Rechtsbeistand			
= Gesellschaftsrecht/Pachtvertrag	94, 62		
Schaden			
– Wohnraum, steuerbegünstigt			
= Architektenhaftung	94, 28		
Schuldbeitritt			
– zur Steuerschuld	94, 75		
Steuerberaterkammer			
– Merkblatt, Lohnsteuerberatung	94, 2		
Steuerberatungsvertrag			
– Auflösung d. –			
= fristlose Kündigung, § 627 BGB	94, 58		
– Formularvertrag			
= Kündigungsrecht	94, 58		
– Kündigung, § 627 BGB	94, 58		
Steuerhinterziehung			
– Steuerberater, Mittäter	94, 70,		
	92		
– Verjährung	94, 122		
– Vorbereitung der Steuererklärung d.	94, 92		
Steuerschuld			
– Niederschlagung	94, 75		
Streitverkündung			
– Verjährungsunterbrechung	94, 54		
Telefax			
– Anweisung an Bürokraft	94, 38		
– Zugangsnachweis	94, 28		
Treuhänder			
– Prospektangaben			
= unrichtige	94, 66		
Umsatzsteuer			
– Ehegattenmietvertrag		94, 92	
Unterbrechung der Verjährung, § 209 BGB			
– Mahnbescheid		94, 93	
– Streitverkündung		94, 54	
Unterschrift			
– Klageschrift		94, 12	
Untreue, § 266 StGB			
– d. RA		94, 115	
– Vermögensverwalter		94, 115	
Verfassungsbeschwerde			
– Mißbrauchsgebühr		94, 66	
Verjährung, § 51 BRAO			
– Belehrung über Fehler u. Verjährungs-			
vorschrift, Sekundäranspruch			
= Anlaß zur Belehrung		94, 53	
= neues Mandat		94, 53	
Verjährung (§ 68 StBerG, § 51 a WPO)			
– Belehrungspflicht über eigene Fehler und			
Verjährungsvorschrift, Sekundäranspruch			
= Mandatsende		94, 86	
– Verjährungsbeginn			
= Bilanzfehler		94, 93	
= Gewinnverwendungsbeschluß		94, 93	
= Grundsatz d. Schadeneinheit		94, 93	
= Kosten d. Prüfungsberichtes		94, 93	
= Steuerabwälzung a. Mieter		94, 85	
Verjährung (§ 852 BGB, § 19 BNotO)			
– Feststellungsinteresse, künftiger Anspruch		94, 2	
– Kenntnis d. Schadens			
– Verjährungsbeginn			
= Schadenentstehung		94, 51	
Verschulden			
– BGH-Rechtsprechung		94, 139	
Verwertungsverbot			
– keine Betriebsprüfungsanordnung		94, 104	
Wiedereinsetzung			
– Fristenkontrolle			
= Fristversäumnis, unverschuldete –			
= falsche Rechtsmittelbelehrung		94, 66	
= fehlerhafte Telefonauskunft		94, 72	
Vorteilsausgleich			
– d. Steuerberaters		94, ...	
Werbeverbot			
– Branchentelefonbuch		94, 146	
– Tätigkeitshinweise		94, 146	
WP-GmbH			
– Leiter, andere Aufgaben		94, 92	
– Stammkapitalnachweis		94, 92	
Zugang			
– Beweis d. –			
= d. Telefax		94, 26	
<hr/>			
BGH v. 15.10.1992 – IX ZR 43/92		94, 2	
= VersR 1993, 358			
= WM 1993, 251			

BGH v. 22.10.1992 – V ZR 112/92 = NJW 1994, 55 = DB 1993, 2584	94, 12	= ZIP 93, 1886 = BB 94, 183	
BGH v. 6.5.1993 – I ZR 183/91 = StB 1993, 422 = WM 93, 1605 = DSfR 93, 1463 = BB 93, 1611	94, 2	BGH v. 5.11.1993 – V ZR 1/93 = NJW 94, 257 = ZIP 93, 1879 = BB 94, 29	94, 111
BGH v. 27.5.1993 – IX ZR 66/92 = WM 1993, 1513 = NJW 1993, 2744 = VersR 1993, 1244 = DB 1993, 2326	94, 29	BGH v. 23.11.1993 – 5 StR 595/93 = wistra 1994, 57	94, 122
BGH v. 7.6.1993 – V StR 212/93 = wistra 93, 302	94, 70	BGH v. 29.11.1993 – AnwZ (B) 41/93 = BRAK-Mitt. 1994, 43	94, 122
BGH v. 14.6.1993 – AnwZ (B) 15/93 = BRAK-Mitt. 1994, 43	94, 122		
BGH v. 24.6.1993 – IX ZR 216/92 = WM 1993, 1889 = DB 1993, 2327 = NJW 1993, 2747	94, 40	OLG Düsseldorf v. 12.3.1992 – 13 U 152/91	94, 24
BGH v. 11.8.1993 – 2 StR 309/93 = wistra 93, 300	94, 115	OLG Düsseldorf v. 22.10.1992 – 18 U 94/92, rkr.	94, 7
BGH v. 13.9.1993 – AnwSt (R) 6/93 = BRAG-Mitt. 1994, 51	94, 146	OLG Düsseldorf v. 10.12.1992 – 13 U 90/92, rkr.	94, 72
BGH v. 13.9.1993 – AnwZ (B) 24/93 = BRAK-Mitt. 1994, 42	94, 122	OLG Düsseldorf v. 17.12.1992 – 13 U 98/92 – rkr.	94, 22
BGH v. 20.9.1993 – II ZB 10/93 = NJW 93, 3141 = WM 93, 2141 = BB 93, 2408	94, 66	OLG Düsseldorf v. 26.2.1993 – 13 U 117/92	94, 126
BGH v. 30.9.1993 – IX ZR 73/93 = WM 1994, 78 = NJW 1993, 3259 = DB 1993, 2373	94, 3	OLG Düsseldorf v. 11.3.1993 – 13 U 123/92	94, 56
BGH v. 30.9.1993 – IX ZR 211/92 = NJW 93, 3323 = WM 93, 2129 = DB 93, 2374 = NJW 94, 501 Anm. Schäfer = BB 93, 2267	94, 139	OLG Düsseldorf v. 29.4.1993 – 13 U 188/92	94, 19
BGH v. 4.10.1993 – II ZB 9/93 = BB 93, 2336	94, 72	OLG Düsseldorf v. 6.5.1993 – 13 U 86/91	94, 16
BGH v. 28.10.1993 – VII ZB 21/93 = NJW 94, 459 = BB 94, 106	94, 39	OLG Düsseldorf v. 27.5.1993 – 13 U 201/92	94, 58
BGH v. 28.10.1993 – VII ZB 22/93 = NJW 94, 329 = DB 94, 141	94, 38	OLG Düsseldorf v. 17.6.1993 – 13 U 232/92	94, 130
BGH v. 28.10.1993 – IX ZR 252/92 = NJW 94, 379 = WM 94, 217	94, 67	OLG Düsseldorf v. 15.7.1993 – 13 U 245/92	94, 14
BGH v. 28.10.1993 – IX ZR 21/93 = NJW 94, 323 = WM 94, 33	94, 93	OLG Düsseldorf v. 19.8.1993 – 13 U 273/92	94, 133
		OLG Frankfurt v. 15.2.1993 – 22 U 183/91	94, 123
		OLG Hamm v. 5.10.1992 – 2 U 61/92 = AiF 06/94 – rkr.	94, 117
		OLG Köln v. 16.6.1993 – 11 U 37/93 = AiF 1993, 1188	94, 28
		OLG München v. 30.7.1990 – 31 U 1857/90 rkr. durch Nichtannahmebeschluß des BGH v. 10.7.1991 = RPKU 1.120/90	94, 66
		OLG München v. 16.12.1992 – 7 U 5553/92 = NJW 1993, 2447	94, 28
		OLG München v. 9.11.1993 – 4 StRR 54/93 = wistra 94, 34	94, 92
		OLG Stuttgart v. 6.7.1993 – 12 U 229/92	94, 62
		LG Braunschweig v. 11.3.1993 – 4 O457/92	94, 82

LG Darmstadt v. 17. 12. 1992 – 9 O 170/92 94, 28
= NJW 1993, 2448
LG Duisburg v. 22. 11. 1990 – 2 S 150/89 94, 66
LG Kiel v. 29. 6. 1993 – 6 O 414/92 94, 85

FG Köln v. 15. 2. 1993 – 3 K 3432/92 94, 26
= LEXINFORM 0102894
= Steuertelex: 4418
FG Niedersachsen v. 6. 10. 1993 – III 174/88 94, 104
FG Saarland v. 30. 3. 1993 – 1 K 168/92 94, 28
= StB 1993, 301

LSG Rheinland-Pfalz v. 22. 7. 1993 – L 6 Sb 46/93
= StB 1993, 423

VG Hannover v. 25. 8. 1993 – 5 A 3374/91 94, 92
= WPK-Mitt. 1994, 65
VGH Hessen v. 11. 12. 1991 – 13 K 899/91 94, 80

BFH v. 15. 3. 1993 – V R 109/89 94, 92
= NJW 1994, 216
BFH v. 22. 6. 1993 – IX R 19/89 94, 136

FinMin Brandenburg v. 24. 6. 1993, III/3
– S 0321-2/93 94, 122